

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

41. Ausgabe, Januar 2008

Lettland Umsatzsteuer- bußgelder

Am 1. Januar 2008 sind neue Gesetzesänderungen des Steuerrechts bezüglich der Umsatzsteuerbußgelder in Kraft getreten. Die Bußgelder für Umsatzsteuerverstöße werden gemäß der Novellierung flexibler und angemessener. Die Paragraphen betreffend der Haftung im Fall von zu gering erklärter Umsatzsteuer und zu hoch angegebener Vorsteuer werden aus dem Umsatzsteuergesetz gestrichen. Entdeckt die Finanzverwaltung einen Unternehmer, der seine Umsatzsteuer zu niedrig erklärt hat, wird diese ihm Strafgebühren laut Abgabenordnung auferlegen. Das bedeutet, dass derartige Verstöße mit einem Bußgeld in Höhe von 30 % oder 50 %, nicht aber wie zuvor mit 100 % des zu niedrig erklärten Steuerbetrags bestraft werden. Die vorgeschlagenen Änderungen reduzieren die Strafgebühren von 200 % auf 100 %, wenn der Leistungserbringer illegal eine Rechnung ausstellt und dafür unberechtigt Umsatzsteuer einbehält, die ihm nicht zusteht.

Grundsteuer

Mit Wirkung vom 1. Januar 2008 treten die nachstehend aufgeführten Änderungen in dem Grundsteuergesetz in Kraft. Seit Anfang des Jahres wurde der Steuersatz von 1,5 % auf 1 % des von der lokalen Verwaltung festzusetzenden Grundbesitzwertes herabgesetzt. Des Weiteren legt die Neuregelung den Steuersatz ab 2011 auf 0,4 % fest, jedoch werden die lokalen Behörden dann ermächtigt, einen ergänzenden Steuersatz i. H. v. 0,6 % des Grundbuchswertes für deren Verwaltungsgebiet aufzulegen, so dass der Steuersatz 1 % nicht übersteigt. Ab dem 1. Januar 2008 gilt eine Steuerbefreiung für Gebäude, die dauerhaft von anerkannten Museen, Bibliotheken, nationalen Sportanlagen, der Nationaloper, dem Riga Zirkus und Theatern genutzt wurden.

Latvia VAT fines

As of 1 January 2008, new amendments of tax legislation regarding fines for VAT came into force. Fines for VAT offences are now more flexible and adequate. The sections imposing liability for output tax understatement and input tax overstatement were deleted from the VAT Act. Thus, when the State Revenue Service finds that a trader has understated his output tax, they will impose fines prescribed by the Taxes and Duties Act. This means that such offences will be fined at 30 or 50 %, not as previously at 100 % of the understated tax amount. The proposed amendments also reduce the fine from 200 to 100 % if a trader illegally issues a tax invoice and receives VAT he is not entitled to.

Real estate tax

The Real Estate Tax Act has been amended with effect from 1 January 2008 in the areas outlined below. From 1 January 2008, the rate dropped from 1.5 % to 1 % of cadastral value. Furthermore, the amendments cut the basic rate down to 0.4 % from 1 January 2011, but the local authorities will then be permitted to set an additional rate for their administrative area up to 0,6 % of cadastral value, so that the total rate does not exceed 1 %. From 1 January 2008 an exemption applies for buildings permanently used by accredited museums, accredited libraries, national sports facilities, the National Opera, Riga Circus and theatres.

Kontakt vor Ort

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 7 09-44 00

Polen Höchstbeträge

Im Rahmen der Angleichung der polnischen Vorschriften an die EU-Regelungen ändert sich die Umrechnungsmethode der Euro-Werte in die polnische Währung. Ab dem Jahr 2008 gilt für die Berechnung der Höchstgrenzen, die in der Mehrwertsteuersystemrichtlinie genannt werden, der Kurs am Tag des Beitritts Polens in die Europäische Gemeinschaft (1. Mai 2004).

Die sich aus der Neuregelung ergebenden Höchstbeträge werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	Bis 31. Dezember 2007	Ab 1. Januar 2008
Umsatzsteuerbefreiungsgrenze (EUR 10.000)	PLN 39.700	PLN 50.000
Umsatzsteuerfreier Betrag bei innergemeinschaftlichem Erwerb (EUR 10.000)	PLN 39.700	PLN 50.000
Höchstbetrag bei Versendungen, die als in Polen ausgeführt gelten (EUR 35.000)	PLN 139.000	PLN 160.000

Poland Maximum amounts

In line with the approximation of Polish to EU regulations, the exchange rate calculation method of the Euro value in the Polish currency will be changed. From 2008 on, the date of Poland's accession to the EU (1 May 2004) serves as basis for the calculation of the maximum amounts stated in the VAT directive. The maximum amounts resulting from the new regulation are stated as follows:

	Till 31 December 2007	As of 1 January 2008
VAT exemption level (EUR 10,000)	PLN 39,700	PLN 50,000
Exempt from VAT for innercommunity acquisition (EUR 10,000)	PLN 39,700	PLN 50,000
Maximum amount for deliveries considered as export in Poland (EUR 35,000)	PLN 139,000	PLN 160,000

Kontakt vor Ort

Tomasz Galka, Telefon: + 48 (71) 3 56-11 88

Rumänien Prüfungsverfahren

Die rumänische Wirtschaftsprüferkammer hat eine Verordnung zur Ausführung des Gesetzes gegen Geldwäsche und Finanzierung von Terror in Verbindung mit der Wirtschaftsprüfungstätigkeit erlassen. Wirtschaftsprüfer müssen demnach solche Prüfungsverfahren anmelden, in denen die Möglichkeit besteht, dass die geprüften Gesellschaften an Geldwäsche oder an der Terrorismusfinanzierung beteiligt sein können oder in Geschäftsbeziehungen mit juristischen oder natürlichen Personen stehen, die der Terrorismusfinanzierung verdächtig werden. Jeder Wirtschaftsprüfer, der über hinreichende Informationen verfügt, um die oben genannten Vorwürfe zu begründen, ist verpflichtet, dies den zuständigen Behörden mitzuteilen. Derartige Anzeigen werden nicht als Verletzung der Ethiknormen von Wirtschaftsprüfern angesehen.

Romania Audit procedures

The Romanian Chamber of Financial Auditors has issued a regulation on the enforcement of the legislation against money-laundering and terrorist financing in relation to the practice of financial auditing. Audit practitioners must apply such audit procedures so as to investigate the possibility that an audited company may be involved in money-laundering, financing terrorism or engaged in business relationship with entities/individuals listed as being suspected of financing terrorism. Any auditor collecting sufficient information to substantiate the above is required to notify the relevant authorities. Such notifications are not regarded as a breach of the Auditors' Code of Ethics.

Kontakt vor Ort

Peter deRuiter, Telefon: + 40 (21) 2 02-06 70

Russland Steueränderungen 2008 Gewinnsteuer

Ab dem Jahr 2008 sind materielle Vermögensgegenstände als Sachanlagevermögen nur dann zu aktivieren, wenn die Anschaffungskosten über RUB 20.000 (ca. EUR 561) liegen. Früher lag die Grenze bei RUB 10.000 (ca. EUR 280). Der Steuergesetzgeber hat damit die Geringfügigkeitsgrenze an die schon bisher im russischem Handelsrecht geltenden RUB 20.000 (ca. EUR 561) angepasst. Gegenstände des Anlagevermögens, die für wissenschaftliche oder technologische Zwecke genutzt werden, dürfen bis zu drei Mal schneller abgeschrieben werden als solche, die zu anderen Zwecken genutzt werden. Nicht definiert ist allerdings, was unter „Nutzung für wissenschaftliche oder technologische Zwecke“ zu verstehen ist. Ab dem Jahr 2008 wird die Behandlung des Firmenwertes („Goodwill“) im Falle des Verkaufs eines gesamten Unternehmens erstmals im Steuerrecht geregelt und zwar sowohl der „positive“ wie auch der „negative Goodwill“. Der positive Firmenwert ist als Zuzahlung für erwartete Gewinne zu verstehen. Der negative Firmenwert ist als Nachlass wegen fehlender Stammkunden, schlechte Reputation usw. zu verstehen. Der positive Firmenwert ist beim Käufer gleichmäßig auf fünf Jahre abzuschreiben und beim Verkäufer als Einnahme zu versteuern. Der negative Firmenwert ist beim Käufer als Einnahme zum Zeitpunkt der Übertragung anzusetzen und stellt beim Verkäufer einen Verlust dar, der zu einem entsprechenden Verlustvortrag führen kann.

Umsatzsteuer

Seit dem 1. Januar 2008 sind die Umsatzsteuervoranmeldungen nur noch quartalsweise abzugeben. Die monatliche Anmeldepflicht für Steuerpflichtige mit Umsätzen von mehr als RUB 2 Mio. (EUR 28.242) entfällt damit.

Einkommensteuer

Ab 2008 beträgt der Quellensteuersatz auf Dividenden russischer Gesellschaften für beschränkt Steuerpflichtige (Nicht-Residente) nach nationalem Recht nur noch 15 % anstelle von bisher 30 %. Abweichende Regelungen in DBA können zu beachten sein. Das Oberste Arbitragegericht in Russland, welches für Steuerstreitigkeiten zwischen der Finanzverwaltung und Unternehmen zuständig ist, entschied, dass ein Steuerpflichtiger nicht alleine auf Grund der Nichtzahlung des Säumniszuschlages vor Abgabe der Steueranmeldung zur Zahlung eines Strafzuschlages gemäß Artikel 122.1 Steuerkodex herangezogen werden kann, wenn der Steuerpflichtige selbständig den Steuerrückstand für die vergangenen Jahre feststellt und vor der Abgabe der berechtigten Steueranmeldung die zu wenig gezahlte Steuer an das Finanzamt überweist. Damit kam das Oberste Arbitragegericht zum Schluss, dass der Steuerpflichtige ungeachtet des Artikels 81.4.1 Steuerkodex ohne Verschulden nicht wegen einer Verletzung des Steuergesetzes herangezogen werden kann (Beschluss des Obersten Arbitragegerichts vom 24. Juli 2007, Az. 3226/07). In einem anderen Fall entschied das Oberste Arbitragegericht, der russische Steuerkodex enthalte keine Bestimmung darüber, dass die übergeordnete Steuerbehörde bei einer erneuten Betriebsprüfung, nur die

untergeordnete Steuerbehörde beurteilen kann. Wie das Gericht anmerkt, kann die übergeordnete Steuerbehörde auch Tatsachen beurteilen, die bislang nicht Gegenstand der Vorprüfung waren (Beschluss des Obersten Arbitragegerichts vom 17. Juli 2007, Az. 11974/06).

Russia Tax amendments 2008 Corporate tax

As of 2008 tangible assets qualify as fixed assets and must be depreciated for tax purposes if their acquisition price exceeds RUB 20,000 (approx. EUR 561). Previously the limit was RUB 10,000 (approx. EUR 280) so that this limit is now in line with currently valid accounting regulations. Fixed assets used for scientific or technological purposes can be depreciated in comparison with the ones used for other purposes three times more quickly. It is not, however, clearly defined what the expression "scientific and technological purposes" means.

As of 2008 the tax legislation deals with "goodwill" (positive as well as negative) in relation to a sale of company for the first time. Positive goodwill is to be understood as a surcharge paid for expected future gains. Negative goodwill represents a reduction of the sales price given e.g. for an absence of the customers list or bad reputation. The positive goodwill can be flat depreciated by company buyer over a period of five years, the vendor has to treat it as a part of his taxable income. The negative goodwill should be treated as an income for the buyer and for the seller a loss that can be carried over accordingly.

Value added tax

From 1 January 2008 the value added tax return is to be filed on a quarterly basis only. The obligation to file monthly tax returns for taxpayers with a volume of sales over RUB 2 m (EUR 28,242) is cancelled.

Person income tax

As of 2008 the withholding tax on dividends from Russian companies payable to Russian tax non-residents amounts to 15 % instead of the previous 30 %. This amendment equalise the dividend taxation of tax residents and non-residents. Possible adjustments of the rates based on provisions of relevant Double Taxation Treaties have to be followed. The SAC Presidium ruled that if a taxpayer discovers tax arrears for previous tax periods and pays the said arrears before an adjusted tax return is filed with the tax authorities, the taxpayer cannot be held liable for a tax offence as provided for in Article 122.1 of the RF Tax Code simply because late payment interest was not paid before the adjusted tax return was filed. That is to say that the SAC Presidium concluded that, despite the provisions of Article 81.4.1 of the RF Tax Code, an individual cannot be held liable for committing a tax offence without being guilty of one (SAC Presidium Resolution on case No. 3226/07 of 24 July 2007). In another case the SAC Presidium ruled that the Russian Tax Code does not comprise any instruction in case of an recurrence audit, that the superior tax authorities are only allowed to evaluate subordinate tax authorities. Moreover, the SAC stated during the repetitive field audit that the superior tax office can also check facts that were not subject of the initial audit (SAC Presidium Resolution on case No. 11974/06 of 17 July 2007).

Kontakt vor Ort

Christian Ziegler, Telefon: + 7495 232 5461

Hans-Peter Zerf, Telefon: + 7495 232 5410

Kontakt in Deutschland

Daniel Kast, Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52

Stanislav Rogojine, Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07

Serbien Kredite und Ausleihungen

Die serbische Nationalbank hat kürzlich die Fremdwährungsregelungen geändert, so dass Unternehmen in Serbien nunmehr einen Kredit für Zwecke direkter Auslandsinvestitionen von Nicht-Ansässigen aufnehmen können. Die Änderungen, die das Ziel haben, finanzielle Transaktionen von ansässigen Gesellschaften zu ausländischen juristischen Personen für Zwecke der Aufnahme von Managementaktivitäten einer juristischen Person zu ermöglichen, sind im Einzelnen:

- Eintragung einer Kapitalgesellschaft, Zweigniederlassung oder Repräsentanz;
- Beschaffung von Anteilen oder Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft;
- andere Formen von Investitionen, durch die der Investor mehr als 10 % Anteile am Gesellschaftskapital erhält und/oder mehr als 10 % der Stimmrechte erwirbt;
- Kredite mit einer Laufzeit von 5 Jahren oder länger, vorausgesetzt sie haben die Eigenschaften von nachgeordneten Ansprüchen (nachgeordneten Krediten).

Serbia Credits and loans

The National Bank of Serbia recently modified foreign exchange regulations, allowing companies in Serbia to take credits and loans from non-residents for the purpose of direct investments abroad. The amendments target to enable financial transactions of resident companies into legal entities outside Serbia for the purpose of getting the management of such legal entities in particular are:

- incorporation of companies, branches or representative offices;
- purchase of shares or stakes of the share capital;
- any other form of investment whereby the investor acquires more than a 10% stake in share capital, and/or gains more than 10% of voting rights;
- long term credits (with maturity of five years) or more provided they have features of subordinated claims (subordinated credits).

Kontakt vor Ort

Marija Bojovic, Telefon: +381 (11) 33 02-1 00

Slowakische Republik Investitionsgesetz

Am 1. Januar 2008 ist das neue Investitionsbeihilfegesetz in Kraft getreten, welches das genehmigte Programm für staatliche Beihilfen regelt. Nach dem neuen Gesetz kann die staatliche Beihilfe beim Wirtschaftsministerium beantragt werden. Die fundamentalen Bedingungen für die Beantragung der staatlichen Beihilfen werden im Folgenden dargestellt:

- Mit der Realisierung des Investitionsprojektes darf nicht vor Erteilung einer vorläufigen Bescheinigung seitens des slowakischen Wirtschaftsministeriums über die Gewährung der staatlichen Beihilfe begonnen werden. Anderenfalls wird das Projekt von der Gewährung der staatlichen Beihilfe ausgeschlossen.
- Die Gewährung der staatlichen Beihilfe erfolgt erst nach Zustimmung der slowakischen Regierung, woraufhin das slowakische Wirtschaftsministerium den verbindlichen Bescheid erteilen wird.
- Unter besonderen Voraussetzungen ist die Europäische Kommission zu unterrichten.
- Es besteht kein rechtlicher Anspruch auf die Gewährung der staatlichen Beihilfen.

Nach dem neuen Gesetz stehen derzeit folgende Formen der staatlichen Beihilfe zur Verfügung:

- Steuervergünstigungen,
- Zuschüsse zum Erwerb von materiellen und immateriellen Vermögensgegenständen,
- Zuschüsse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- Austausch oder Umtausch von unbeweglichem Vermögen mit Ermäßigung.

Dies sind die Änderungen im Vergleich zu den derzeit geltenden Regeln bezüglich der staatlichen Beihilfe:

- Die staatliche Beihilfe wird für die Errichtung eines neuen, die Erweiterung oder Modernisierung eines alten bzw. den Erwerb eines bestehenden Betriebs gewährt.
- Die Mindestinvestition beträgt im Allgemeinen SKK 800 Mio. (ca. EUR 24 Mio.) (wovon die Hälfte durch Eigenkapital gedeckt sein sollte). Das Gesetz definiert separate Mindestinvestitionsgrenzen bei sog. technologischen Zentren (SKK 40 Mio., ca. EUR 1,2 Mio.), Zentren für strategische Dienstleistungen (SKK 35 Mio., ca. EUR 1 Mio.) sowie auch für den Fremdenverkehr (SKK 500 Mio., ca. EUR 15 Mio.).
- Wird die Unternehmenstätigkeit in einer Region mit einer höheren Arbeitslosenrate als dem slowakischen Durchschnitt ausgeübt, werden die obigen Beiträge zirka auf die Hälfte herabgesetzt. Bei Regionen, in denen die Arbeitslosenrate mindestens das 1,5-fache des slowakischen Durchschnitts erreicht, werden die Mindestinvestitionsgrenzen ungefähr auf ein Viertel herabgesetzt.
- Mindestens 80 % der Gesamteinnahmen des Unternehmens müssen aus den Unternehmenstätigkeiten stammen, die im Antrag auf die Gewährung der staatlichen Beihilfe genannt wurden.
- Moderne Technologien sollten mindestens 60 % der förderfähigen Ausgaben darstellen.
- Das Investitionsprojekt muss Umweltschutzkriterien erfüllen.
- Die Kontrollmechanismen bei der Inanspruchnahme der staatlichen Beihilfe wurden verbessert, einschließlich der Kompetenzen einzelner Staatsorgane und Überprüfung, dass die Bedingungen erfüllt werden.
- Das Gesetz führt eine neue Körperschaftsteuervergünstigung ein, die insgesamt fünf Jahre genutzt werden kann. Diese Vergünstigung wird sich sowohl auf neu gegründete als auch, unter Einhaltung besonderer Bestimmungen, auf bestehende Gesellschaften beziehen.

Slovakia Investment Act

With effect from 1 January 2008 the new Act on Investment Incentives applies which includes legislation on the state aids. According to this new regulation, subsidies can be applied for at the Ministry of Economics.

Fundamental conditions for the subsidy applications are the following:

- implementation of the investment project cannot be started before the Ministry of Economics issues its preliminary by written confirmation of the application - otherwise, the whole project is disqualified from state aid;
- state aid is granted based on the approval of the Slovak government, after which the Minister of Economics issues a formal decision;
- under certain conditions, there is an obligation to notify the European Commission; and
- there is no compulsory entitlement for subsidy granting.

According to the new Act the following forms of state aids are currently available:

- corporate tax credits;
- subsidy to purchase tangible and intangible assets;
- subsidy for job creation; and
- transfer or swap of immovable assets at a discount.

In comparison to the previous rules on granting state aid, the basic rules have been changed slightly:

- Aid may be granted for establishing or extending a new operation or modernizing existing production facilities or for purchasing an existing establishment.
- The minimum investment generally amounts to SKK 800 m (approximately EUR 24 m) (whereas half of it should be covered by equity). The Act determines separate minimum investment limits for so-called technological

centres (SKK 40 m corresponding to EUR 1.2 m), centres for strategic services (SKK 35 m, approximately EUR 1 m), such as tourism (SKK 500 m, approximately EUR 15 m).

- If the corporate activity is carried on in a region with a higher unemployment rate than the Slovakian average unemployment rate, the aforementioned amounts will be lowered to approximately half of these amounts costs. If the region's unemployment rate is at least 50 % higher than the average, the minimum investment thresholds are generally decreased to around a quarter.
- At least 80 % of a company's income must be generated from the business activities set out in the application for investment incentives.
- New technologies are to be accounted as eligible expenditure at a rate of at least 60 %.
- The investment project has to meet environment protection criteria.
- The new Act specifies a control mechanism for checking that the conditions for receiving state aid are being met.
- The Act introduces a new corporate income tax relief that can be available for the period of five years. This relief refers to newly founded companies as well as, subject to certain regulations, to existing companies.

Kontakt vor Ort

Susann Philipp, Telefon: + 421 (2) 59 35-06 56

Tschechische Republik Schengen-Raum

Am 21. Dezember 2007 wurden die Grenzkontrollen zwischen den "alten" EU-Ländern und Estland, Lettland, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (betreffend die Land- und Seegrenzen) bzw. am 30. März 2007

(an Flughafen) abgeschafft. Dies vereinfacht und beschleunigt das Reisen und öffnet die Möglichkeit zur Überquerung der Grenzen an jeder beliebigen Stelle. Tschechen sind jetzt im vollen Umfang beteiligt an der Kooperation mit den anderen EU-Mitgliedern in den Bereichen der Überwachung der Außengrenzen, Polizei, Visum als auch Nutzung des Schengener Informationssystems. Die vereinheitlichte Visapolitik wird Ausländern, die in Besitz eines Schengen-Visums oder einer Aufenthaltserlaubnis des Schengen-Raumes sind, das Reisen erleichtern. Die neue Visa-Kennzeichnung, die Visa-Gültigkeit und Visa-Gebühren wurden mit Hilfe des Schengener Abkommens harmonisiert. Im Vergleich zu den vorherigen Jahren ist es nun möglich, nur einen Antrag auf ein individuelles Schengen-Visum von Typ A (Lufttransit), Typ B (Transit), Typ C (für mehr als 90 Tage) oder von Typ C+D (ein kombiniertes Langzeitvisum, das nach höchstens drei Monaten nach der ersten Einreise auch die Gültigkeit des Typs C besitzt) in den tschechischen Botschaften/Konsulaten außerhalb des Schengenbereichs zu stellen. Eine weitere bedeutende Veränderung ist die Begrenzung der Aufenthaltsdauer für Ausländer in der Tschechischen Republik. Bislang war es möglich, mehrmals nacheinander Kurzzeit-Visa (für einen Aufenthalt von über 90 Tagen) zu beantragen, dies ist nicht länger erlaubt. Jeder Ausländer kann den Aufenthalt im Schengen-Raum auf Kurzzeitbasis für bis zu 90 Tage im Zeitraum von sechs aufeinander folgenden Monaten in Anspruch nehmen. Diese Regel betrifft auch die Länder, die von der Visapflicht befreit sind. Nach einem Aufenthalt von 90 Tagen müssen diese Personen den Schengen-Raum verlassen und können nicht vor Ablauf der "drei Monate Aufenthalt in sechs aufeinander folgenden Monaten" Frist, das heißt, frühestens nach sechs Monaten nach dem ersten Übertritt der Schengen-Außengrenzen zurückkehren.

Czech Republic Schengen area

On 21 December 2007 the borders were abolished between the "old" EU countries and Estonia, Latvia, Malta, Poland, Slovakia, Slovenia, Czech and Hungary (relating to the borders on land and sea) and respectively as of 30 March 2007 (on the airports). This step simplifies and speeds up travelling and opens the possibility to cross the border at any place. Czechs are now fully involved in Co-operation with other EU member countries in areas external border protection, police, visa collaboration, and utilisation of the Schengen information system. The unified visa policy enables easier travelling for foreigners holding a Schengen visa or certain type of residence permit in the EU member states. New visa labelling, visa validity and visa fees are harmonised in accordance with the Schengen Agreement. In comparison to the previous years it is now possible just to file an application for the new individual Schengen visa types A (airports transit), B (transit), C (up to 90 days) and D + C (a combined long-term national visa which, after a maximum of three months from first entry also has the validity of type C) with Czech embassies/consulates outside the Schengen area. Another significant change are limitations on the length of time spent by foreigners in the Czech Republic. Previously it was possible to get granted several short-term visas (for a stay of up to 90 days) in succession; this approach is now no longer possible. Every foreigner may stay in the Schengen area on a short-term basis for up to 90 days in six consecutive months. This rule also applies to states that are exempted from visa obligations. After spending 90 days in the Schengen area nationals of these countries must leave the Schengen area and cannot return after the entire "three month stay per six consecutive months period" has elapsed i. e. six months after first crossing the Schengen external border at the soonest.

Kontakt vor Ort

Lenka Mrázová, Telefon: + 420 (2) 51 15-25 53

Kontakt in Deutschland

Monika Diekert, Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25

Ungarn Rechnungslegungs- gesetz

Ab dem 1. Januar 2008 gelten die Steueränderungen, von denen die wichtigsten werden im Folgenden zusammengefasst werden:

- Eine Definition des verbundenen Unternehmens (verbundene Partei) wurde eingeführt.
 - Der Kreis jener Posten wurde erweitert, die als aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen sind, bzw. die unter den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten als aufgeschobene Aufwendung ausgewiesen werden können.
 - Bei den betragsmäßigen kleineren Forderungen kann je Käufer/Schuldner die Summe des Wertverlustes in einem Betrag verrechnet; die Forderungen müssen unverändert gesondert ausgewiesen werden.
 - Die mit den verbundenen Unternehmen abgewickelten Geschäfte müssen in den Anhangangaben zum Jahresabschluss aufgeführt werden; die Anforderungen an dem Ausweis von "off-balance-sheet"-Positionen wurden konkretisiert.
 - Die Regeln für die Unterzeichnung des konsolidierten Jahresabschlussberichts haben sich geändert, der Kreis der anzugebenden Daten wurde erweitert.
 - Es ist möglich, dass in Zukunft in gewissen Fällen über den Zeitraum der Vorgesellschaft kein gesonderter Bericht erstellt werden muss.
- Eine einheitliche Steuergutschrift wurde eingeführt, nach der die Höhe der Gutschrift 18 % beträgt, die Höchstsumme jedoch HUF 11.340 (EUR 45) pro Monat beträgt, die Gutschrift liegt im Bereich von HUF 1.250.000 bis

Einkommensteuer

Luxussteuer

HUF 2.762.000 (von EUR 4.884 bis EUR 10.792) pro Jahr bei 9 %, ohne die Möglichkeit einer darüber hinausgehenden Steuergutschrift.

- Der Umfang privater Telefonnutzung betrieblicher Telefone kann durch Einzelverbindungs nachweis bestimmt werden, ansonsten sind 20 % des Rechnungsbetrages als steuerpflichtige Einnahmen anzusehen;
- Bei Zinseinkünften oder Kursgewinnen, die auch im Ausland besteuert werden können, kann die im Ausland bezahlte Steuer auf die ungarische Steuer aufgerechnet werden, jedoch müssen sofern kein internationales Abkommen geschlossen wurde, mindestens 5 % bezahlt werden.
- Der Anwendungsbereich der Luxussteuer wurde dergestalt erweitert, dass in Zukunft auch Unternehmen, die eine Wohnung oder eine Ferienanlage besitzen, Steuersubjekte der Luxussteuer sind;
- Die Berechnungsmethode der Luxussteuer wurde geändert;
- Das Gesetz über die Luxussteuer wurde um eine Aufzählung von der Steuer befreiten Personen ergänzt;
- Der Gesetzesentwurf beinhaltet mehrere neue, modifizierte Begriffsbestimmungen, wie z. B. die Begriffe Gebäude, Wohnung, Nutzfläche.

Hungary Accounting Act

From 1 January 2008 the new tax amendments apply; the most important ones are listed in the summary below.

- introduction of a definition of associated enterprises ("related party");
- introduction of new items that must be treated as accrued income or deferred income or may be recorded as expenditure among accrued income or accrued expenses;
- option to treat impairment loss on small-amount receivables from each buyer or debtor as a consolidated amount but separated recording still applies;
- inclusion of all relevant related-party transactions in the notes to the annual report, more specific requirements for reporting off-balance-sheet items;
- amendment of rules on signing consolidated annual reports and new mandatory information needs to be included in such reports;
- no separate annual report is required for the per-incorporation period in certain cases.

Personal income tax

- introduction of a standard tax credit system where the tax credit rate is 18 % with a ceiling of HUF 11,340 (EUR 45) per month of entitlement, and the credit rate is 9 % in the HUF 1,250,000 to 2,762,000 (EUR 4,984 to 11,012) range with no additional credit available;
- the private use of company telephones may be determined on an item-by-item basis or alternatively 20 % of the telephone bill should be treated as taxable income;
- in the case of interest income or capital gains that are taxable abroad, tax paid abroad can be credited against tax payable in Hungary, but at least 5 % must be paid in absence of an applicable international agreement;

Luxury tax

- broader range of taxable persons for luxury tax purposes, including businesses owing residential property or holiday homes;
- the method for calculating luxury tax has changed;
- a list of exempt entities has been added to the Act on Luxury Tax;
- new or amended definitions of, e. g. buildings, residential property, net floor space.

Kontakt vor Ort

Dr. Mark-Tell Madl, Telefon: + 36 (1) 4 61-97 21

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Michalik: celina.michalik@de.pwc.com.